MEINE IMMOBILIE

Das Magazin für das private
Haus-, Wohnungs- und Grundeigentum

TITELTHEMA

Ferienimmobilien

Ein eigenes Domizil an Ihrem persönlichen
Lieblingsort – zum Ausspannen, Genießen,
Vermieten oder als Kapitalanlage

POLITIK & WIRTSCHAFT

Ausweitung und Verlängerung der Mietpreisbremse

Wurde der Stein der Weisen gefunden?

POLITIK & WIRTSCHAFT

Vermieter- befragung 2025

Private Vermieter sind das Rückgrat des
deutschen Mietwohnungsmarktes

INHALT

POLITIK & WIRTSCHAFT

- 04 Ausweitung und Verlängerung der Mietpreisbremse
- 06 Kommentar: Gleichberechtigung
- 07 Private Vermieter in Deutschland: Wir sind klein, aber groß
- 10 Haus & Grund WohnKlima-Index: Allmähliche Erholung der Stimmung
- 12 Langzeitanalyse: Diskurs zur Wohnungspolitik

DÜSSELDORF & UMGEBUNG

- 13 Weiterbildung & Beratung

14 Titelthema: **Ferienimmobilien**

RECHT & STEUERN

- 24 Recht & Steuern: LBS-Special

STEUERN & FINANZEN

- 28 Immobilie als Altersvorsorge: Sicherer Hafen oder trügerische Hoffnung?
- 30 Abschreibung für Abnutzung: Nachweis kürzerer Restnutzungsdauer
- 31 Jetzt vorsorgen: Immobilien gegen Starkregen absichern

VERMIETEN & VERWALTEN

- 32 WEG: Gemeinschaft ohne Gemeinschaftsschutz
- 32 WEG-Urteile kurz gefasst
- 33 Juristische Personen als Beiräte
- 34 Wohnungslosigkeit: Engagement privater Vermieter ist gefragt
- 36 Was Vermieter über die Mietkaution wissen sollten
- 38 Mängel an der Mietsache: Auch Laminat ist zu entfernen
- 40 Rechtsprechung kurz gefasst
- 41 Kein Anspruch auf Errichtung eines Zaunes
- 41 Schadensersatzanspruch wegen exzessiven Rauchens
- 42 Sie fragen – wir antworten
- 44 Mehrfach unberechtigt verweigerte Besichtigung der Wohnung

BAUEN & SANIEREN

- 45 Energetische Sanierungen: Politisch gefordert, aber unbezahlbar?
- 47 Umfrageergebnis: Digitalisierung im Wohnalltag

RUBRIKEN

- 50 Impressum

ANZEIGEN

- 30 Rechtsanwälte // Steuerberater
- 38 Immobilien-Management // Immobilien-Vermittlung
- 46 Handwerk

EDITORIAL

Unsicherheit lähmt

In Deutschland gibt es rund 41 Millionen Gebäude. Nach dem Gebäudeenergiegesetz soll deren Beheizung künftig zu mindestens 65 % mit erneuerbaren Energien erfolgen. Diese Pflicht gilt jedoch zunächst nur für Heizungen, die nach Vorliegen der kommunalen Wärmeplanung eingebaut werden. Die Gemeinden haben dafür – je nach Größe – Zeit bis zum 1. Juli 2028.

Bis dahin dürfen weiterhin, nach entsprechender Beratung, klassisch fossil betriebene Heizungen eingebaut werden. Alle ab 2024 und vor Vorliegen der kommunalen Wärmeplanung eingebauten Heizungen müssen jedoch ab 2029 mit einem biogenen Brennstoffanteil von mindestens 15 % (z. B. biogenes Heizöl oder Gas) betrieben werden, ab 2035 steigt der Anteil sogar auf 30 %. Allerdings sind solche Brennstoffe in der erforderlichen Menge aktuell nicht verfügbar. Bis 2028 ist mit rund 2 Millionen neuen, fossil befeuerten Heizungen zu rechnen, die dann mit biogenen Brennstoffen betrieben werden müssen.

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine grundlegende Reform des Gebäudeenergiegesetzes angekündigt, bisher jedoch dazu keine Eckpunkte vorgelegt. Diese Unsicherheit lähmt Gebäudeeigentümer bei Investitionsentscheidungen. Das zeigt sich an den Verkaufszahlen von Heizungen: 2024 brach der Absatz neuer Heizungen, auch bei Wärmepumpen, um etwa 50 % ein.

Fehlende Planungssicherheit führt dazu, dass alte Heizungen unnötig lange weiterlaufen – mit höherem Energieverbrauch und zusätzlichen CO₂-Emissionen. Auch wenn die Bundesregierung derzeit viele dringende Aufgaben hat, gehört eine klare Neuregelung des Gebäudeenergiegesetzes unbedingt dazu. ■

» **Ihr Dr. Johann Werner Fliescher**

Vorstand Haus & Grund Düsseldorf und Umgebung

MIETENREGULIERUNG

Ausweitung und Verlängerung der Mietpreisbremse

Wurde der Stein der Weisen gefunden?

Seit 2015 gilt sie in Nordrhein-Westfalen: die Mietpreisbremse. Ihr Ziel war es, in angespannten Wohnungsmärkten die Mieten bei Neuvermietungen zu dämpfen. Welche Städte davon betroffen sind, regelt eine Verordnung der Landesregierung. Deshalb darf auch in Düsseldorf die Miete für Wohnungen, die nach dem 1.10.2014 erstmals genutzt und vermietet wurden, maximal 10 % über dem Wert des Mietspiegels liegen.

Diese Verordnung wurde kürzlich auf weitere Städte ausgeweitet und ihre Laufzeit verlängert. Neben Großstädten wie Köln, Düsseldorf und Münster sind inzwischen auch Mittelstädte wie Ratingen, Meerbusch und Neuss sowie kleinere Städte wie Kaarst, Kempen, Ostbevern oder Lotte erfasst. Zudem hat die Bundesregierung die gesetzlichen Grundlagen im Bürgerlichen Gesetzbuch bis Ende 2029 verlängert.

UNZUREICHENDE BAUTÄTIGKEIT – STEIGENDE MIETEN IN BALLUNGRÄUMEN

Doch das eigentliche Problem bleibt ungelöst: Die Mietpreisbremse hat auf die unzurei-

chende Bautätigkeit keinerlei Einfluss. Im Gegenteil – das Versprechen niedrigerer Mieten macht attraktive Ballungsräume für Zuziehende noch interessanter und verschärft die Situation zusätzlich. Ländliche Regionen geraten dadurch noch weiter unter Druck, ihre Infrastruktur aufrechtzuerhalten.

Dies zeigt sich deutlich in den Angebotsmieten seit 2010: Während die Mieten in Großstädten mit über 500.000 Einwohnern überproportional gestiegen sind, lagen die Anstiege in ländlichen Regionen und kleineren Großstädten unter dem Bundesdurchschnitt.

ANGEBOTSMIETEN IN DEUTSCHLAND SEIT 2010

In den Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern steigen die Angebotsmieten seit vielen Jahren stärker als im Bundesdurchschnitt. Inflationbereinigt, Index 2010 = 100

Quellen: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2025

Da setzt die Ausweitung der Mietpreismbremse auf ländliche Räume zusätzlich falsche Anreize.

Die wahren Ursachen – zu wenig Neubau und zu hohe Baukosten – wurden in den vergan-

genen zehn Jahren kaum wirksam angegan-gen. Studien belegen, dass in Deutschland in den letzten Jahren trotz steigender Bevöl-kerung deutlich weniger Wohnraum geschaffen wurde, als eigentlich notwendig gewesen wäre (siehe dazu auch Seite 12).

Allein die Debatte über Mieten und Woh-nungsbau sorgt nicht für mehr Bauaktivität (siehe dazu auch Seite 12). Bisher konzentriert sich die Diskussion darauf, die Miet-höhe und die Rechte von Vermietern ein-zuschränken, statt Investitionen in den

Wohnungsbau attraktiver zu machen. Verschärfte Vorgaben, die das Bauen zusätzlich verteuern, hemmen die Bautätigkeit zusätzlich. Inflationsbereinigt sind die Mieten seit 2020 trotz allem gesunken. Vergleicht man die Grafiken zur Miethöhe und der Diskussion über den Wohnungsmarkt im Deutschen Bundestag stellt man fest, dass die Diskussionen auf die Bautätigkeit keine Auswirkungen haben und nur die hohe Inflation letztlich Mieten zur Stagnation gebracht haben.

WIE KÖNNEN ALSO DRINGEND BENÖTIGTE WOHNUNGEN BEZAHLBAR GEBAUT UND DER SOZIALE WOHNUNGSBAU GESTÄRKT WERDEN?

Bauen ist in Deutschland schlicht zu teuer. Derzeit liegen die Kosten bei 4.500 bis 5.500 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Bei diesen Preisen lassen sich Mieten von 8 bis 9 Euro nicht realisieren – weder in Ballungsräumen noch in ländlichen Regionen.

DAHER BRAUCHT ES KONKRETE SCHRITTE:

- **Baukosten senken:** Baustandards sollten auf das Wesentliche reduziert werden – auf das, was für die langfristige Nutzung wirklich relevant ist.
- **Sozialen Wohnungsbau effizienter fördern:** Immer mehr öffentliche Gelder werden benötigt, um immer weniger Wohnungen zu finanzieren. Ein Ausweg könnte der verstärkte Ankauf von Belegungsrechten sein. So könnten mit geringeren Mitteln mehr Wohnungen langfristig in der Bindung gehalten werden. Werden Eigentümern zudem günstige Kredite zur Verfügung gestellt, kann die Zahl der Sozialwohnungen stabilisiert und der Verlust bestehender Bindungen gestoppt werden.
- **Faire Balance im Mietrecht:** Es braucht einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen von Mietern und Vermietern.

Aktuell fehlen Anreize für Investitionen in neue Mietwohnungen.

- **Erbschaftssteuer reformieren:** Die „Erbschaftssteuer von heute“ ist die „hohe Miete von morgen“. Kleinvermieter brauchen höhere Freibeträge, damit sie Investitionen tätigen können und Mieten nicht allein wegen der Steuerlast steigen. Die großzügige Freistellung großer Immobilienvermögen ab 300 Wohnungen ist unrecht – Kleinvermieter müssen gleichgestellt werden.
- **Grunderwerbsteuer senken:** In NRW ist sie ein erhebliches Hindernis für den Erwerb von Wohneigentum. Zumindest die erste selbstgenutzte Immobilie sollte für jeden Bürger grunderwerbsteuerfrei sein, um Wohneigentum als Altersvorsorge zu stärken. ■

» Dr. Johann Werner Fliescher

Seminartermine 2025

SEMINARE	TERMINE & REFERENTEN
KÜNDIGUNG	
KÜNDIGUNG DES MIETVERHÄLTNISSSES DURCH DEN MIETER Mein Mieter hat die Wohnung gekündigt: Ansprüche, Kündigungserklärung, Form, Fristen, Besichtigungen, Wohnungsübergabeprotokoll, Tod des Mieters, Ansprüche, Schönheitsreparaturen, Schadensersatz, Kautionsabrechnung	07.10.2025, 14–17 UHR Petra Nicolay, Volljuristin; Ursula Thüsing, Volljuristin 04.11.2025, 14–17 UHR Angelika Mayer, Volljuristin LL.M.; Ursula Thüsing, Volljuristin
MIETERHÖHUNG	
MIETERHÖHUNG DER NETTO-, TEIL UND INKLUSIVMIETE NACH MIETSPIEGEL SOWIE INDEXMIETERHÖHUNG (§ 557B BGB) Mieterhöhung für bestehende Wohnraummietverträge erfolgreich durchführen und Betriebskostenvorauszahlung anpassen	30.09.2025, 15–17 UHR Claudia Bockers, Volljuristin; Britta Sadr Mousavi, Volljuristin
MODERNISIERUNGSMIETERHÖHUNG NACH § 559 Mieterhöhung bei Modernisierung und Sanierung: rechtssichere Ankündigung und Durchführung, Pflichten, Fristen, Kostenumlage	08.10.2025, 15–17 UHR Angelika Mayer, Volljuristin LL.M.; Thomas Meyer, Betriebswirt
BETRIEBSKOSTEN	
BETRIEBSKOSTEN WIRKSAM VEREINBAREN UND RECHTSSICHER ABRECHNEN Die jährlichen Betriebskosten festlegen, richtig abrechnen und formelle Fehler vermeiden: Kostenarten, umlagefähige Betriebskosten, Fristen, Verjährung	29.10.2025, 15–17 UHR Angelika Mayer, Volljuristin LL.M.; Petra Nicolay, Volljuristin 26.11.2025, 15–17 UHR Angelika Mayer, Volljuristin LL.M.; Petra Nicolay, Volljuristin
MIETRECHT	
NEUVERMIETUNG VON WOHNRAUM – VON DER MIETERAUSWAHL BIS ZUM MIETVERTRAG Ein neues Mietverhältnis: Mietersuche, Festlegung des Mietpreises und Erstellung des Mietvertrags	28.10.2025, 14–17 UHR Claudia Bockers, Volljuristin; Britta Sadr Mousavi, Volljuristin
WEG-RECHT	
GRUNDLAGEN DES WEG-RECHTS – INKL. EXKURS § 71 N GEG Geltendes Recht in Wohnungseigentumsgemeinschaften (WEGs): Wirtschaftsplan, Teilungserklärung, Gemeinschafts-/Sondereigentum, Verwalterabrechnung	24.09.2025, 14–17 UHR Angelika Mayer, Volljuristin LL.M.; Thomas Meyer, Betriebswirt

Die Seminare von Haus und Grund Düsseldorf sind zugleich Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen der Weiterbildungsverpflichtung nach § 34c Absatz 2a Gewerbeordnung i. V. m. § 15b Absatz 1 MaBV. Alle Teilnehmer erhalten ein Teilnahmezertifikat.

Wir bieten diese Veranstaltung als Hybridveranstaltung an – vor Ort in der Geschäftsstelle Düsseldorf (begrenzte Kapazität) und auch online/digital. **Buchung** ausschließlich über unseren Web-Shop HUGORIA unter: www.hugoria.de/produkt-kategorie/seminare-webinare

Die Teilnahme ist kostenpflichtig: Mitglieder zahlen 74,90 Euro/84,90 Euro (zwei-/dreistündig), Nicht-Mitglieder: 114,90 Euro/124,90 Euro (zwei-/dreistündig) inkl. MwSt.

INFO-ABENDE: Unsere Info-Abende befinden sich in der Sommerpause. Neue Termine finden Sie ab Ende August unter www.hausundgrundddf.de.

FACH-BERATUNGEN

Unsere Partner beraten Sie gern

Kostenfreie **Erst**beratungen (maximal 20 Minuten) bei unseren Partnern. Bitte bedenken Sie, dass in der Regel vieles einer tiefergehenden Betrachtung bedarf. Nur nach vorheriger Terminvereinbarung unter: 0211- 1690591. Bitte geben Sie an, ob Sie eine persönliche (eingeschränkt verfügbar) oder telefonische Beratung wünschen. **NUR FÜR UNSERE MITGLIEDER**

BAUBERATUNG – NEUBAU UND UMBAU

17. September 2025, ab 14 Uhr

BAUBERATUNG – SCHÄDEN AN GEBÄUDEN

24. September 2025, ab 13 Uhr

ENERGETISCHE MODERNISIERUNG

25. September 2025, ab 14.30 Uhr

ERBRECHT

22. September und 8. Oktober 2025, 14 bis 16 Uhr

VERSICHERUNGEN

8. Oktober (Ratingen) und 9. Oktober (Düsseldorf) 2025, jeweils 10 bis 16 Uhr

Besuchen Sie uns auf der

**Düsseldorfer
Immobilienmesse
2025**

28. September 2025

11:00–17:00 Uhr
 Schadow Arkaden
 Düsseldorf